

# Österreich

Florian Trauner

Die Nationalratswahl im September 2013 und die Europawahl im Mai 2014 dominierten die Politik Österreichs. Trotz Verlusten bei der Nationalratswahl verständigten sich die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf eine Neuauflage ihrer Koalition. Bei den Europawahlen konnten sich die beiden Regierungsparteien als stimmenstärkste Parteien behaupten, gefolgt von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit knapp unter 20 Prozent der Stimmen.

## Nationalratswahl 2013 und Regierungsbildung

Europapolitische Themen spielten im Wahlkampf für die Nationalratswahl 2013 nur eine untergeordnete Rolle. Die EU wurde hauptsächlich von europakritischen Parteien thematisiert. Die FPÖ verlangte eine Reduzierung des österreichischen EU-Beitrags, während sich das Team Stronach für ein neues Währungssystem von untereinander frei konvertierbaren „Nationaleuros“ einsetzte. Die Regierungsparteien setzten auf klassische Themenschwerpunkte – die SPÖ auf Verteilungsgerechtigkeit und faire Löhne, die ÖVP auf eine „Entfesselung“ der Wirtschaft.

Die Nationalratswahl fand am 29. September 2013 statt (74,9 Prozent Wahlbeteiligung). Die Gewinner der Wahl waren die Grünen und die Parteien rechts der Mitte, während die Regierungsparteien verloren. Gemeinsam kommen SPÖ und ÖVP auf nur mehr knapp über 50 Prozent der Wählerstimmen – die SPÖ auf 26,8 Prozent (minus 2,4 Prozent), die ÖVP auf 24 Prozent (minus 2 Prozent). Diese beiden Parteien werden gefolgt von der FPÖ (plus 3 Prozent auf 20,5 Prozent) und den Grünen (plus 2 Prozent auf 12,4 Prozent).

Während das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ) mit 3,5 Prozent an der Vierprozenthürde scheiterte, schafften es die NEOS mit 5 Prozent neu ins Parlament. Der Einzug ins Parlament dieser neu gegründeten, liberalen Partei war eine der Überraschungen der Nationalratswahl. Das Team Stronach trat auch erstmals bei einer Wahl an und erreichte 5,7 Prozent. Durch verschiedene Parteiübertritte war es jedoch schon vor der Wahl als Klub im Parlament vertreten.<sup>1</sup>

Nach zum Teil schwierigen Verhandlungen einigten sich die SPÖ und ÖVP auf eine Neuauflage ihrer Koalition. Es gab im Speziellen unterschiedliche Einschätzungen, wie hoch der budgetäre Sparbedarf für die kommenden Jahre sei. SPÖ und ÖVP verständigten sich auf einen Konsolidierungsbedarf von 18,44 Milliarden Euro bis zum Jahr 2018. Im Weiteren wurden Bankenhilfen in der Höhe von 5,8 Milliarden Euro veranschlagt.<sup>2</sup>

Am 16. Dezember 2013 wurde die neue Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann angelobt. Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres wurde der erst 27-

---

1 Nationalratswahl 2013. Österreich, Endergebniss inklusive aller Wahlkartenergebnisse; Bundesministerium für Inneres, Wien: <http://wahl13.bmi.gv.at/>.

2 Koalition einig: Sparbedarf liegt bei 18,44 Milliarden Euro, in: Der Standard, 14. November 2013.

jährige Sebastian Kurz (ÖVP). Europapolitische Ziele der neuen Regierung sind das „Vertrauen in die Europäische Union stärken“ (etwa durch die Einsetzung eines europäischen Konvents), mehr „Wachstum und Beschäftigung in Europa“ zu schaffen (u.a. durch Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer) und „Österreichs Verantwortung in der Welt wahrnehmen“ (etwa durch eine aktive Vermittlerrolle in internationalen Konflikten).<sup>3</sup>

### **Europawahl 2014**

Am 25. Mai 2014 wurden die 18 EU-Parlamentarier gewählt, die Österreich im Europäischen Parlament stellt. Während aktive EU-Parlamentarier die Wahllisten von ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ anführten, wurde bei der SPÖ der ehemalige Fernsehmoderator Eugen Freund als Quereinsteiger zum Spitzenkandidaten nominiert. Die frühe Phase des Wahlkampfes war von einem Skandal um den freiheitlichen Spitzenkandidaten Andreas Mölzer geprägt, der die EU mit dem Dritten Reich verglich und fremdenfeindliche Äußerungen tätigte.<sup>4</sup> Er reagierte auf die öffentliche Empörung und den innerparteilichen Druck, indem er seine Kandidatur zurückzog.

Bei einer Wahlbeteiligung von 45,5 Prozent wurde die ÖVP mit 27 Prozent (minus 3 Prozent) wieder stimmenstärkste Partei, gefolgt von der SPÖ mit 24,1 Prozent (plus 0,4 Prozent). Der rechtspopulistischen FPÖ gelang ein Plus von 7 Prozent und ein Stimmanteil von 19,7 Prozent. Viertstärkste Partei wurden die Grünen mit 14,5 Prozent (plus 4,6 Prozent). Die liberale Partei NEOS zog mit 8,1 Prozent erstmals ins EU-Parlament ein. Das BZÖ erreichte hingegen kein Mandat mehr (minus 4,1 Prozent auf 0,5 Prozentpunkte). Von den Kleinparteien war das starke Abschneiden von „EU-STOP“ (2,8 Prozent) – einer Partei, die den EU-Austritt Österreichs zum Ziel hat – eine Überraschung. Die Liste Hans-Peter Martin, die bei den Europawahlen 2009 mit 17,7 Prozent noch drittstärkste Partei wurde, trat bei dieser Wahl nicht mehr an.<sup>5</sup> Nach der Wahl zeigten sich alle Parteien, die den Einzug in das EU-Parlament geschafft hatten, mit dem Ergebnis zufrieden – selbst die ÖVP, da sie trotz Verlusten ihr Wahlziel, „als Nummer 1 durchs Ziel [zu] gehen“,<sup>6</sup> erreicht habe.

Nach der Wahl erklärte Bundeskanzler Werner Faymann als erster Sozialdemokrat EU-weit, dass der Spitzenkandidat der Konservativen, Jean-Claude Juncker, als Wahlsieger die Position des EU-Kommissionspräsidenten einnehmen sollte.<sup>7</sup>

### **Wirtschaft und Finanzen**

Das bestimmende wirtschaftspolitische Thema des Frühjahrs 2014 war die drohende Insolvenz der Hypo Alpe Adria International. Diese in Kärnten angesiedelte Bank mit einem verzweigten Netz von Niederlassungen in Südosteuropa musste 2009 notverstaatlicht werden. Vier Jahre später stand die Bank neuerlich vor einer Insolvenz. Die Regierung verwies auf die Unabwägbarkeit einer Insolvenz und entschied sich für die Abwicklung der Bank über eine Anstaltslösung.<sup>8</sup> Das Land Kärnten hatte Haftungen in der Höhe von 12 Milliar-

---

3 Arbeitsprogramm der österreichischen Regierung. 2013-2018. Erfolgreich. Österreich, Wien, Dezember 2013.

4 Andreas Mölzer stolpert über „Negerkonglomerat“, in: Salzburger Nachrichten, 8. April 2014.

5 Europawahl 2014. Endgültiges Ergebnis; Bundesministerium für Inneres, Wien: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/europawahl/2014/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2014/start.aspx).

6 Siehe ÖVP-Homepage: „Klarer Sieg – klarer Auftrag“, <http://www.oevp.at/europawahl/Klarer-Sieg---klarer-Auftrag.psp#>.

7 Faymann unterstützt Juncker als Kommissionspräsident, in: Der Standard, 27. Mai 2014.

den Euro für die Hypo übernommen und wäre im Fall einer Bankenpleite ebenfalls insolvent geworden. Die Oppositionsparteien kritisieren die Entscheidung und sahen den Steuerzahler als großen Verlierer.<sup>9</sup> Die Bilanzsumme der Bank von 17,8 Milliarden Euro ging direkt in die Staatsschuldenquote über, die von 74 auf 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anstieg.<sup>10</sup> Schon vor dieser Hypo-Lösung ist das Budget der Republik durch Bankenhilfen stark belastet worden. Seit Ausbruch der Finanzkrise bis Ende 2012 hat Österreich 4,3 Milliarden Euro mit der Rettung der Geldinstitute verloren.<sup>11</sup>

Die Budgetplanung 2014 stand im Zeichen der Hypo-Rettung. Finanzminister Michael Spindelegger plant ein strukturelles Nulldefizit erst ab 2016 (ein Jahr später als ursprünglich vorgesehen). Diese Planung brachte eine Rüge der EU-Kommission, der sich die Euro-Partnerstaaten anschlossen. Sie bemängeln, dass „der vorläufige Budgetplan für 2014 einige signifikante Abweichungen vom (langfristigen) Anpassungspfad enthält“.<sup>12</sup> Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) reagierte, indem er in einem Brief an die EU-Kommission versprach, eine zusätzliche Milliarde Euro einzusparen. Dies stellte die EU-Kommission zufrieden, brachte aber die Opposition auf. Sie kritisierte sowohl die Vorgehensweise des Finanzministers („den Brief unauffällig an den Österreichern vorbeischieben“) als auch den Inhalt seiner neuen Sparvorhaben.<sup>13</sup> Im Juni 2014 entließ die Europäische Kommission Österreich als eines von sechs Mitgliedsländern aus dem Überwachungsverfahren wegen eines exzessiven Budgetdefizits.

### Bankgeheimnis

Im Mai 2013 hatte Bundeskanzler Werner Faymann angekündigt, bis Jahresende einer Kompromisslösung zur Überarbeitung der EU-Zinsrichtlinie zuzustimmen.<sup>14</sup> Mit diesem Gesetz möchte die EU eine effektivere Besteuerung von Bürgern im EU-Ausland ermöglichen. Es würde für Österreich bedeuten, das Bankgeheimnis durch einen automatischen Datenaustausch auszuhebeln.

Im Dezember 2013 verhinderte Österreich, gemeinsam mit Luxemburg, jedoch erneut die Verabschiedung der EU-Zinsrichtlinie. Als Grund wurde angeführt, dass sich die Schweiz weiterhin einem automatischen Datenaustausch entziehe.<sup>15</sup> Wie schon in den Vorjahren kam Österreich mit dieser Position in Bedrängnis. Österreich hatte nolens volens einem Facta-Abkommen mit den USA zugestimmt, das einen stärkeren Informationsaustausch mit Steuerbehörden in Washington vorsieht. Die Europäische Kommission verwies darauf, dass es EU-Recht verletze, wenn ein EU-Mitgliedstaat in dieser Frage schlechter als ein Drittstaat gestellt werde. Auch die OECD übte Druck aus, indem es Österreich in der Frage internationaler Steuerkooperation nur dürftig einstuft.<sup>16</sup>

8 Bundeskanzler Faymann zur Hypo-Entscheidung: Verantwortung für Bonität Österreichs übernehmen. Pressemeldung des Bundeskanzleramts, Wien, 18. März 2014.

9 Pleite vom Tisch: Hypo-Abwicklung spaltet die Politik, in: *Tiroler Tageszeitung online*, 14. März 2014.

10 Milliardengrab Hypo: Ein Drama in fünf Akten, in: *diepresse.com*, dossier, <http://diepresse.com/layout/diepresse/files/dossiers/hypo/index.html>.

11 In dieser Summe wurden die Einnahmen aus Haftungsentgelten und Dividenden berücksichtigt. Siehe Salzburg und Banken belasten Staatsfinanzen, in: *Der Standard*, 22. Oktober 2013, S. 17.

12 Budgetträge der Europartner für Österreich, in: *Der Standard*, 7. Mai 2014, S. 17.

13 Budgetbrief: EU nickt neue Sparvorhaben ab, in: *diepresse.com*, 17. Mai 2014.

14 Trauner, Florian: Österreich, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Baden-Baden 2013, S. 428.

15 Zinsrichtlinie. Österreich bleibt hart, in: *Die Presse*, 11. Dezember 2013.

Im März 2014 stimmten Österreich und Luxemburg schließlich der Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie zu. Laut österreichischem Finanzministerium habe man durchgesetzt, dass die Zinsrichtlinie nur bis zum Jahr 2017 gelte. Dann sollen die EU-Standards durch eine umfangreichere Transparenzrichtlinie der OECD abgelöst werden – diese bezieht mehr Länder ein und sieht auch einen Informationsaustausch über Dividendenerträge vor.<sup>17</sup> Für Österreich bedeutet dies de facto ein Ende des Bankgeheimnisses für EU-Ausländer. Künftig werden Gruppenfahndungen ausländischer Steuerbehörden zugelassen und Kunden nicht mehr über eine behördliche Anfrage informiert, falls eine Notifikation den Ermittlungserfolg der Steuerbehörden gefährde.<sup>18</sup>

### Andere europapolitische Themen

In der Ukraine-Krise versucht Österreich eine Mittlerrolle einzunehmen. Im Rahmen des österreichischen Vorsitzes im Europarat forciert es Gespräche zur Beilegung der Krise. Österreich tritt dafür ein, der ukrainischen Regierung die Möglichkeit zu geben, sowohl mit der EU als auch mit Russland Freihandelsabkommen abzuschließen.<sup>19</sup> Auch empfiehlt es der Ukraine, die Neutralität als „gutes, zeitgemäßes Modell“ in Erwägung zu ziehen.<sup>20</sup>

Ein weiteres außenpolitisches Thema, das kontrovers diskutiert wurde, war das transatlantische Freihandelsabkommen. Die Regierung beschloss, Nichtregierungsorganisationen stärker in die Verhandlungen einzubinden und auf ihre Bedenken Rücksicht zu nehmen.<sup>21</sup> Die Befürchtung der Gegner dieses Abkommens ist, dass bestehende Standards im Konsumentenschutz aufgeweicht werden – oft symbolisiert durch das „amerikanische Chlorhuhn“, das Einzug in die österreichischen Supermärkte fände.

Ein vieldiskutiertes rechtliches Thema waren Probleme bei der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie für Spitalsärzte. Diese wurden von der Europäischen Kommission in einem Mahnschreiben bemängelt. Spitalsärzte dürfen laut dem EU-Gesetz nicht länger als 48 Stunden pro Woche arbeiten, während im österreichischen Krankenanstaltsgesetz bis zu 72 Stunden erlaubt sind. Österreichs Spitäler brauchen für die Umsetzung dieser Richtlinie bis zu 1000 neue Ärzte, die es allerdings laut Eigeneinschätzung am heimischen Markt nicht gibt.<sup>22</sup>

### Weiterführende Literatur

Eric Miklin: EU Politicisation and National Parliaments: Visibility of Choices and Better Aligned Ministers?, *Journal of Legislative Studies*, Vol. 20(1), 2014, S. 78-92.

Johannes Pollak/Peter Slominski: The Silence of the Shepherds: How the Austrian Parliament Informs its Citizens on European Issues, *Journal of Legislative Studies*, Vol. 20(1), 2014, S. 109-124.

Peter Slominski/Florian Trauner: Die Europäisierung der Abschiebepolitik Österreichs: Mehr Handlungsoptionen für staatliche AkteurInnen oder mehr Schutz für Betroffene?, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 43(2), 2014, S. 151-168.

---

16 Doppeldruck auf Österreich, in: *Der Standard*, 11. Dezember 2013, S. 20.

17 Europa kippt das Bankgeheimnis, in: *Die Zeit online*, 20. März 2014.

18 Rasterfahndung gegen Steuerflüchtige, in: *Der Standard*, 5./6. April 2014

19 Außenminister Kurz warnt vor einem NATO-Beitritt der Ukraine: „Provokation für Russland“, *Presseausendung des österreichischen Außenministeriums*, Wien, 4. April 2014.

20 Bundeskanzler Faymann zur Hypo-Entscheidung: Verantwortung für Bonität Österreichs übernehmen. *Pressemeldung des Bundeskanzleramts*, Wien, 18. März 2014.

21 Geschlossene Front gegen das Chlorhuhn, in: *Der Standard*, 29. April 2014.

22 Spitalsärzte arbeiten zu lang: Hunderte Mediziner fehlen, in: *Der Standard*, 10. April 2014.